

# Übersichten

## Außenpolitik

### \*<sup>(1)</sup> Mittelfristige Probleme und Zielsetzungen: ein Lagebericht Li Pengs

Am 28. August sprach Li Peng bei der 15. Sitzung des VII. Ständigen Ausschusses des NVK über die außenpolitische Lage, wobei fünf Punkte besonders hervorgehoben wurden, nämlich (1) der Irakkonflikt (dazu die besondere Übersicht), (2) die Sicherung der Meistbegünstigung durch die USA für China (dazu USA-Übersicht). Es bestehe die Gefahr, daß der Kongreß die 1980 vereinbarte Meistbegünstigung in Frage stelle - der 4. Juni 1989 wirkt immer noch nach! (3) Das Gefälle zwischen Nord und Süd nimmt zu. China müsse seine Süd-Süd-Beziehungen stärken. (4) Vom 6. bis 14. August habe er, Li Peng, den Ländern Indonesien und Singapur einen Freundschaftsbesuch und Thailand einen Arbeitsbesuch abgestattet und mit Präsident Suharto, Premierminister Lee Kuan Yew und Premierminister Chatichai gesprochen. Mit Indonesien seien inzwischen diplomatische Beziehungen wiederhergestellt worden, mit Singapur würden sie in Kürze vereinbart.

Mit allen drei Ländern habe Übereinstimmung in der Kambodscha-Frage erzielt werden können: sie unterstützten die Beschlüsse der fünf Ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats, wünschten ein baldiges Zusammentreffen der vier kambodschanischen Parteien zu einem neuen JIM-Treffen in Jakarta und die Errichtung eines "Nationalen Obersten Rats" in Kambodscha, der aus den vier Gruppierungen bestehe, mit Prinz Sihanouk als Vorsitzendem. Schließlich wolle China (5) mit dem Nachbarn Vietnam so bald wie möglich über eine Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen verhandeln. Zuerst aber müsse die Kambodscha-Frage gelöst sein (XNA, 28.8.90). -we-

### \*<sup>(2)</sup> Verurteilung der irakischen Invasion durch China

Mitte Juli 1990 war es zu Spannungen zwischen dem Irak und den Golf-Emiraten, vor allem mit Kuwait, gekommen. Der irakische Staatspräsident Saddam Hussein klagte am 17. Juli die Golfstaaten wegen "unverantwortlicher Ölpolitik" an: sie hätten ihre Ölförderquoten überschritten und so dem Irak in der ersten Jahreshälfte 1990 14 Mrd. US\$ Verluste eingebracht. Außerdem attackierte der Irak das Scheichtum Kuwait mit dem Hinweis, daß es aus dem seit 1980 zwischen Irak und Kuwait umstrittenen Rumaila-Ölfeld, das dem "Irak gehöre", seit Jahren Öl fördere.

Kurz vor der OPEC-Konferenz in Genf ließ der Irak Ende Juli rd. 100.000 Mann an der kuwaitischen Grenze aufmarschieren.

Die arabische Welt war alarmiert und veranlaßte den ägyptischen Präsidenten Mubarak zu Vermittlungsversuchen. Mubarak reiste mehrere Male zwischen Bagdad, Kuwait und Riad hin und her und erhielt schließlich von Saddam Hussein das Versprechen, daß er keinen Nachbarn angreifen werde. Am 26. Juli zog Bagdad sogar seine Truppen von der Grenze zurück. In der arabischen Welt atmete man auf.

Völlig überraschend aber fielen dann in der Nacht vom 1. zum 2. August 100.000 irakische Soldaten mit 350 Panzern in Kuwait ein und nahmen das Land im Handstreich. Der Emir von Kuwait konnte im letzten Augenblick noch fluchtartig das Land verlassen.

Der neue Krieg im Nahen Osten, der diesmal ausnahmsweise nicht zwischen Israel und einem arabischen Staat, sondern zwischen zwei arabischen Ländern stattfand, verblüffte die gesamte arabische Welt und empörte vor allem Mubarak, dem Saddam Hussein,

wie erwähnt, feierlich versichert hatte, er werde niemanden angreifen. In der arabischen Welt bildeten sich zwei Lager, die für oder gegen den Angriff waren: Auf die Seite Saddam Husseins stellten sich vor allem der Sudan, Jemen und die PLO, während die anderen Staaten gegen den Irak in Frontstellung gingen - allen voran die bedrohten Länder Saudi-Arabien, die Golfländer und nicht zuletzt auch Ägypten, die kurze Zeit später überdies eine gesamtarabische Streitmacht in Saudi-Arabien aufmarschieren ließen.

Besonders wichtig - und für Hussein überraschend - war die Einigung zwischen den beiden Supermächten, die zum ersten Mal seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs eine gemeinsame Haltung einnahmen: Während die (mit Bagdad seit Jahren verbündete) Sowjetunion alle Waffenlieferungen an den Irak stoppte, froren die USA sämtliche irakische und kuwaitische Bankguthaben auf amerikanischem Boden ein und ließen in Saudi-Arabien Truppen aufmarschieren.

Einigkeit schließlich auch im Sicherheitsrat, nicht zuletzt im Ständigen Ausschuß, dem ja auch die VR China angehört. Es ergingen vier Beschlüsse, in denen der Irak aufgefordert wurde, bedingungslos aus Kuwait abzuziehen und die Streitigkeiten auf dem Verhandlungsweg zu lösen. Außerdem sollte der Irak nicht mehr mit Waffen beliefert werden - Inhalt der Resolution 660. China entsprach diesem Beschluß und gab am 5. August die Einstellung aller Waffenverkäufe an den Irak bekannt (XNA, 6.8.90).

Bereits am 2. August hatte Chinas Botschafter bei der UNO, Li Daoyu, auf einer Sitzung des UNO-Sicherheitsrats die irakische Invasion bedauert und den sofortigen Rückzug aller Okkupationsstruppen gefordert. China unterhalte sowohl mit dem Irak als auch mit Kuwait freundschaftliche Kontakte und hoffe, daß die Streitigkeiten friedlich beigelegt werden könnten.

Der irakische Angriff fand übrigens zu einem Zeitpunkt statt, da der chinesische Außenminister Qian Qichen gerade Algerien einen Besuch abgestattet hatte (XNA, 1.8.90). Während dieser Reise war er auch, und zwar vom 20. bis 23. Juli, in Saudi-Arabien gewesen, wobei es zum Abschluß diplomatischer Beziehungen gekommen war (XNA, 21.7.90).

Anfangs hatte China einen eindeutigen Standpunkt bezogen, den es nachträglich jedoch wieder zu verwässern begann. So hatte es zwar die in der Resolution 665 enthaltene Klausel von "minimaler Gewaltanwendung" mitunterzeichnet; nachträglich beantragte es jedoch, daß die Gewaltklausel wieder aus dem Entwurf gestrichen werde. Die Mittel zur Durchsetzung der Seeblockade gegen den Irak dürften nicht die Anwendung von Gewalt einschließen. Vor allem dürfe es den Großmächten nicht erlaubt werden, Waffen einzusetzen; dies würde die Spannungen eher verschärfen als abmildern (XNA, 25.8.90). Offensichtlich versuchte Beijing damit zu seiner traditionellen antihegemonistischen Linie zurückzukehren (XNA, 23.8.90).

Li Peng führte am 8. August während eines Besuches in Jakarta aus, daß "wir im Prinzip mit der militärischen Einmischung der Großmächte im Golf nicht einverstanden sind, da dies die bereits komplizierte Situation nur noch verschärfen kann. Wir respektieren und verstehen aber die Verteidigungsmaßnahmen, die von Saudi-Arabien, einem souveränen Staat, aus Sicherheitsinteressen heraus ergriffen worden sind." (XNA, 10.8.90).

China schaltete sich auch bilateral in den Konflikt ein: Am 17. August beispielsweise empfing Zhu Liang, der Vorsitzende der Abteilung für Internationale Verbindungen bei der KPCh, ein führendes Mitglied der irakischen arabischen Baath-Partei, das zu dieser Zeit gerade auf Besuch in China weilte, und sprach seine Hoffnung aus, daß der Irak sich aus Kuwait wieder zurückziehe (XNA, 18.8.90).

Wie erklärt es sich, daß die VR China so eindeutig gegen den Irak Stellung bezogen hat? Mehrere Gründe sind zu vermuten.

Da sind erstens Chinas Verpflichtungen gegenüber zahlreichen Staaten des Nahen Ostens:

- Kuwait z.B. erwartet von Beijing besonderes Engagement, da der Golfstaat seit Jahren zu den wichtigsten Kreditgebern Chinas gehört hatte, wobei stets günstigste Bedingungen gewährt worden waren (Näheres C.a., Juli 1990, Ü 3).

Ganz in diesem Sinne fanden am 22. August Gespräche zwischen dem chinesischen und dem kuwaitischen Außenminister in Beijing statt. Qian

Qichen wies darauf hin, daß China die UNO-Resolutionen 660, 661, 662 und 664 unterschrieben und damit seinen Protest gegen den Irak eindeutig zum Ausdruck gebracht habe (XNA, 23.8.90).

Eines der Ergebnisse der Gespräche des kuwaitischen Außenministers mit seinem Amtskollegen bestand darin, daß Beijing, wie der kuwaitische Unterhändler es sah, sich erweichen ließ, nicht gegen die Anwendung von Gewalt in der Golfregion zu intervenieren. Eine solche Zusage habe er auch von Ministerpräsident Li Peng erhalten.

China befand sich hier m.a.W. plötzlich in einem Widerspruch zwischen Pflicht und Neigung: Am liebsten hätte es sich, wie seit Jahren geschehen, aus der Sache herausgehalten und die beiden Supermächte für die Hauptschuldigen erklärt. Doch jetzt galt es, Farbe zu bekennen, da einige der engsten Verbündeten Chinas von dem irakischen Angriff betroffen waren. Beijing mußte erleben, daß die Zugehörigkeit zum Ständigen Ausschuss des UNO-Sicherheitsrats nicht nur eine ehrenvolle, sondern auch eine belastende Aufgabe sein kann.

- Auch Saudi-Arabien, das gerade wenige Wochen vorher diplomatische Beziehungen mit Beijing aufgenommen hatte, drängte in der chinesischen Hauptstadt auf ein verstärktes Engagement der VR China gegen den Irak (XNA, 17.8.90; zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und Saudi-Arabien vgl. C.a., Juli 1990, Ü 2).

- Auch gegenüber mehreren Golfstaaten steht Beijing im Wort. Noch im Mai 1990 hatte China z.B. bei einem Besuch der Führung von Dubai betont, daß die "Golfstaaten in der chinesischen Außenpolitik eine sehr bedeutende Position" einnehmen, und daß Beijing sie in ihren Belangen unterstützen wolle - nicht ahnend, wie schnell es hier bereits beim Wort genommen werden konnte (XNA, 8.5.90 in SWB, 10.5.90).

Am 6. Juli war ferner der Außenminister von Bahrain nach Beijing gekommen und hatte dort die Chinesen hoffen lassen, daß auch dieses Scheichtum künftig möglicherweise zu den wichtigsten Kreditgebern der VR China werden könnte (XNA, 7.7.90). Auch hier wurden also Verpflichtungen geschaffen, über die China nach dem iraki-

schen Angriff gegen Kuwait nicht so ohne weiteres hinweggehen konnte, zumal sich damals bereits "neue Spannungen in Mittel-Ost" andeuteten (so der Kommentar in XNA, 20.7.90).

- Auch gegenüber Jordanien stand China im Obligo. Am 15. August sagte es dem Königreich Jordanien einen zinsfreien Kredit von 50 Mio. Yuan zu, der allerdings für die Finanzierung jordanischer Projekte bestimmt sein sollte, nicht für die Linderung des dortigen Flüchtlingselends (XNA, 17.8.90).

- Ferner bestanden gegenüber der Türkei, mit der China seit Jahren freundschaftliche Beziehungen unterhält, Loyalitätspflichten (dazu XNA, 7.6.90).

- Vor allem aber mußte auf den ägyptischen Präsidenten Mubarak Rücksicht genommen werden, der noch Anfang Mai die VR China besucht hatte (dazu XNA, 12. und 13. Mai 1990) und dem während der Visite immer wieder versichert worden war, wie sehr die VR China auf der Anwendung der "Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz" bestehe.

- Peinlich, daß ausgerechnet die PLO, zu deren Hauptstützen die VR China seit Jahren gehört, sich schon gleich zu Beginn auf die Seite des Irak schlug.

Zweitens war China an einer schnellen Schlichtung der Frage interessiert, weil es Ende September die Asienspiele in Beijing ausrichtet und befürchten muß, daß es im Zusammenhang mit einer Beteiligung Iraks zu Massenboykotts durch andere arabische Staaten kommen könne.

Drittens gehören die ölreichen Staaten der Golfregion, vor allem Kuwait, mit zu den wichtigsten Auftraggebern für chinesische Arbeitskräfte, die dort Großbauten errichten und Devisen verdienen, welche in den vergangenen Jahren für die VRCh-Devisenkasse immer wichtiger geworden sind.

Alles in allem muß man China zugehen, daß es bei der Invasion durch den Irak einen verhältnismäßig klaren Kurs gesteuert hat. Lediglich der nachträgliche Antrag auf Ausschließung jeder Gewalt wollte nicht so recht in die ursprünglich so eindeutige Anti-Irak-Haltung passen. China begann sich hier m.a.W. nach einiger Zeit etwas zu winden.

Im Irak und in Kuwait befanden sich z.Zt. des Staatsstreichts rd. 2.700 Chinesen - zumeist Arbeitskräfte, z.T. aber auch diplomatisches Personal. Am 19. August begann die Evakuierung dieses Personals aus Kuwait (XNA, 21.8.90). Die chinesische Botschaft verließ Kuwait am 28.8.90 (XNA, 28.8.90).

Unter den Chinesen, die am 24. August aus Kuwait evakuiert wurden, befanden sich auch 183 Taiwanesen. 136 von ihnen hatten lediglich mit VRCh-Hilfe das Land verlassen können. -we-

\*(3)

### Nach wie vor kritische Haltung der USA gegenüber China

Zu einer gewissen Entspannung seit dem Tiananmen-Massaker ist es zwischen beiden Seiten seit der Entlassung des Dissidenten Fang Lizhi gekommen. Fang war zusammen mit seiner Frau gleich nach den Ereignissen vom 4. Juni 1989 in die US-Botschaft geflohen und hatte dort ein ganzes Jahr zugebracht. Erst Ende Juni 1990 war ihm von seiten der VR China die Ausreisegenehmigung erteilt worden.

Mit diesem Schritt suchte sich Beijing das Wohlwollen der Amerikaner zu sichern, deren Veto beim IMF oder bei der Weltbank zur Stilllegung aller Kredite an China führen kann. Nicht zuletzt aus diesem Grund betonen chinesische Spitzenpolitiker immer wieder, daß China seinen Beziehungen zu den USA "große Bedeutung beimißt" (XNA, 25.6.90).

Mitte Mai war die Frage fällig, ob China weiterhin den Meistbegünstigungsstatus behalten solle. Beide Seiten hatten sich diesen Status 1980 gegenseitig eingeräumt. Nach den Tiananmen-Ereignissen aber war seine Aufrechterhaltung in amerikanischen politischen Kreisen fraglich geworden (XNA, 19.5.90).

Die VR China droht damit, daß im Falle der Aufhebung des MFN (Most Favoured Nation)-Status amerikanische Importwaren auf der Stelle mit hohen Tarifen belegt würden.

Nicht nur auf außenwirtschaftlichem, sondern auch auf außenpolitischem Gebiet gibt es eine Reihe von Meinungsverschiedenheiten zwischen Washington und Beijing, so z.B. in der Kambodscha-Frage, wo Washington seit Juli 1990 den vietnamesischen

Standpunkt bezieht, und in der Mittel-Ost-Frage, wo Washington notfalls zum Einsatz militärischer Mittel bereit ist, während die Chinesen ausschließlich friedliche Lösungsmittel für zulässig erklären (RMRB, 5.7.90).

Mitte Juli reiste eine Delegation von sechs Bürgermeistern chinesischer Großstädte in die USA, unter ihnen einer der möglichen Kandidaten für das künftige KPCh-Generalsekretariat, Zhu Rongji, der Bürgermeister von Shanghai. Es war die ranghöchste offizielle Besuchergruppe aus China seit der blutigen Niederschlagung der studentischen Demokratiebewegung im Juni 1989.

Die Bürgermeister brachten ihre Hoffnung auf Wiederbelebung der Investitionen sowie der Freigabe der Weltbankkredite an China zum Ausdruck.

Vor der Öffentlichkeit, vor allem vor dem Kongreß mußten sie sich freilich immer wieder Fragen nach der Situation der Menschenrechte in China gefallen lassen.

Beim Gipfel der "Großen Sieben" in Houston/Texas war eine Lockerung des Kreditembargos gegen Beijing angedeutet worden. Der amerikanische Kongreß hat sich jedoch kritisch gegen Tendenzen dieser Art gewandt.

Hier besteht ein deutlicher Konflikt zwischen dem Präsidenten, der eine Beijing-freundlichere Politik steuern möchte (nicht zuletzt auch deshalb, weil er Mitte der 70er Jahre längere Zeit als Leiter des amerikanischen Verbindungsbüros in Beijing tätig war und von dort her noch zahlreiche chinesische Spitzenpolitiker kennt) auf der einen und dem Kongreß auf der anderen Seite, der seit dem Tiananmen-Massaker gegenüber der VR China eine extrem kritische Haltung einnimmt.

Die Bürgermeister besuchten u.a. New York, Washington und Wisconsin (XNA, 12. 14. und 17.7.90). -we-

\*(4)

### Die sino-sowjetischen Beziehungen weiterhin auf dem Weg zur Normalisierung

Seit Gorbatschow im Mai 1989 Beijing und Ministerpräsident Li Peng im April 1990 die UdSSR besucht haben, gibt es zwischen den einst jahrzehnte-

lang so heftig verfeindeten Nachbarn kaum noch größere Konflikte. Anfang Juni besuchte - zum ersten Mal seit 30 Jahren wieder - sogar eine siebenköpfige sowjetische Militärdelegation die Volksrepublik (XNA, 2.6.90). Auch Parteidelegationen geben sich inzwischen die Klinke in die Hand (vgl. z.B. den Empfang einer KPdSU-Delegation durch Qiao Shi am 30. Mai, in: XNA, 31.5.90).

Am 31.8.90 kam UdSSR-Außenminister Schewardnadse zu einem kurzen Besuch ins nordostchinesische Harbin, wo er von seinem Amtskollegen Qian Qichen empfangen wurde. Erörtert wurde u.a. die Lage in Afghanistan und auf der koreanischen Halbinsel sowie die Gesamtsituation in der asiatisch-pazifischen Region.

Inzwischen sind sich beide Seiten sogar in der Beurteilung der Golfkrise weitgehend einig.

Seit dem 10. September 1989 laufen beiderseitige Verhandlungen über die beiderseitige Reduzierung der Streitkräfte und die Festigung des Vertrauens auf militärischem Gebiet entlang der sowjetisch-chinesischen Grenze.

Die Sowjets haben der VR China zugesagt, 200.000 Mann aus Asien und drei Viertel ihrer Truppen aus der Mongolei abzuziehen, und zwar im Zeitraum 1989/1990. Hand in Hand damit soll weiter über die Grenzfrage verhandelt werden.

Über die Reduzierung der Truppen und Waffen entlang der 7.500 km langen gemeinsamen Grenze wurde u.a. auch bei den Grenzverhandlungen vom 15. bis 26. Juni 1990 in Beijing und in Dalian gesprochen.

Am 21. Juli 1990 wurden anlässlich der 5. Tagung des Komitees für wirtschaftliche, kommerzielle, wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit mehrere Dokumente unterzeichnet, nämlich über beiderseitige Investitionen und über die Vermeidung der Doppelbesteuerung (XNA, 22.7.90).

Am 1. September 1990 haben Vertreter Chinas und der Sowjetunion in Beijing ein Abkommen über den Austausch von Arbeitskräften zwischen beiden Ländern unterzeichnet. Dieses Abkommen betrifft vor allem Regelungen für Chinesen, die künftig in sowjetischen Unternehmen oder Organisationen arbeiten sollen. Seit der Wieder-

annäherung zwischen China und der UdSSR i.J. 1988 sind auf dem Gebiet der Sowjetunion rd. 30.000 Chinesen beschäftigt.

Das beiderseitige Wirtschaftspotential ist noch lange nicht ausgeschöpft. 1989 betrug das bilaterale Handelsvolumen 2,4 Mrd. Rubel (3,8 Mrd.US\$) - eine 20%ige Steigerung gegenüber dem vorangegangenen Jahr. Das Handelsvolumen von 1989 hatte sich gegenüber 1981 versechzehnfacht. Diese Entwicklung ist um so bemerkenswerter, als China 1989 mit den Ländern Osteuropas einen beträchtlichen Handelsrückgang zu verzeichnen hatte: Die dortigen Umbrüche haben sich auf die Außenwirtschaft niedergeschlagen.

Das sino-sowjetische Handelsvolumen lag mit 3,8 Mrd.US\$ unterhalb des sowjetisch-japanischen (6,9 Mrd.) und des sowjetisch-amerikanischen (5 Mrd.US\$).

Am 1.9. wurde ein weiteres Teilstück der Eisenbahnstrecke Ürümqi-Alataw mit einer Länge von 460 km eröffnet. Parteichef Jiang Zemin, der zu dieser Zeit gerade Xinjiang inspizierte, war bei der Feierlichkeit persönlich anwesend und durchschneidet das Band. Die Eisenbahn ist Teil der neuen eurasiatischen Kontinentalverbindung, die die Hafenstädte Lianyungan in Ostchina und Rotterdam in den Niederlanden miteinander verbinden soll. Mit der Fertigstellung der Eisenbahnstrecke Ürümqi-Alataw hat der chinesische Teil der neuen eurasischen Verbindungsstrecke Gestalt angenommen und wird bald an das sowjetische Eisenbahnsystem am Alataw-Paß angeschlossen (XNA, 2.9.90). Lange Zeit hatten die Chinesen diesen Anschluß aufgeschoben, da sie sowjetische Aggressionsabsichten befürchteten.

Auch im Prinzipiellen ist man sich inzwischen einig: Man hat von ideologischen Dogmen Abschied genommen und die gemeinsamen Beziehungen auf den sachlichen Austausch reduziert. Vor allem Wirtschaftsbeziehungen sind in den Vordergrund getreten. Beim Besuch Li Pengs in Moskau waren sechs Abkommen unterzeichnet worden, nämlich (1) über Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie, (2) über Kooperation bei der friedlichen Nutzung und Erforschung des Weltraums, (3) über die beiderseitige Reduzierung der Truppen im chinesisch-sowjetischen Grenzgebiet und über vertrauensbildende

Maßnahmen im militärischen Bereich, (4) ein Protokoll über regelmäßige Konsultationen zwischen den beiden Außenministerien, (5) ein Abkommen über regierungsamtliche Kredite Chinas an die Sowjetunion zum Kauf von Gebrauchsgütern und (6) ein Memorandum über den Bau eines Kernkraftwerks in China durch die Sowjets sowie ein einschlägiges sowjetisches Darlehen an China.

Die Sowjetunion hat sich damit einverstanden erklärt, daß die "Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz" die Grundlage für das künftige Verhältnis zwischen beiden Seiten sein sollen. Der "proletarische Internationalismus" ist längst von der Tagesordnung verschwunden: von "brüderlichen" Beziehungen zwischen beiden Staaten ist nicht mehr die Rede.

Die Fünf Koexistenzprinzipien gelten für das Verhältnis zwischen den Staaten. Zwischen den beiden kommunistischen Parteien sollen *Vier Prinzipien* bestimmend sein, nämlich Unabhängigkeit, volle Gleichberechtigung, gegenseitiger Respekt und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten. China glaubt damit, das alte Konzept des sowjetischen "Internationalismus", demzufolge Moskau im Zentrum stehen sollte, sowie die Theorie der "Großen Sozialistischen Familie" - mit dem Paternfamilias Sowjetunion an der Spitze - ein- für allemal in die Vergangenheit verbannt zu haben. Das Verhältnis zwischen den beiden Parteien ist m.a.W. entideologisiert worden. Die Vier Prinzipien gelten nicht nur im Verhältnis zur KPdSU, sondern beispielsweise auch zur SPD und zu anderen linken Parteien, mit denen die KPCh formale Beziehungen unterhält.

Über die Qualität des Sozialismus in der UdSSR hat man in China so seine Zweifel, enthält sich allerdings jeden Kommentars, so z.B. wenn Xinhua (XNA, 14.7.90) über den Austritt des Präsidenten der russischen Sowjetrepublik, Boris Jelzin, aus der Kommunistischen Partei berichtet, oder wenn von Diskussionen zur Einführung der Marktwirtschaft in der Sowjetunion auf Parteikongressen die Rede ist. Was mag in einem chinesischen Korrespondenten vorgehen, wenn er darüber schreibt!

Die KPCh schließt ebenfalls die Augen vor den Tatsachen, d.h. dem Entschwinden des Sozialismus in der UdSSR, und "gratuliert" der KPdSU,

wenn sie wieder einmal einen Kongreß abhält, so z.B. ihren 28.Kongreß Anfang Juli (XNA, 3.7.90).

Die Auswirkungen der Entspannung zwischen China und der Sowjetunion sind beträchtlich. So nimmt beispielsweise das Verhältnis Chinas zu Indien, Vietnam und Laos sowie den ASEAN-Staaten plötzlich einen ganz neuen Charakter an. Außerdem besteht die Chance, daß der asiatisch-pazifische Raum infolge des Rückzugs sowjetischer Truppen weiter entmilitarisiert wird. Ferner könnte der sowjetische Plan zur Entwicklung Sibiriens zahlreiche asiatische Länder mit in den Entwicklungsprozeß einbeziehen. Nicht zuletzt aber könnte sich die Normalisierung wiederum auf eine Ausweitung des sino-sowjetischen Handels auswirken. -we-

\* (5)

**Die Noch-DDR wird von Westdeutschland überfahren. Xinhua-Beobachtungen nach einem Monat Währungslosigkeit**

Xinhua (XNA, 30.7.90) spricht von "wachsender Inflationsgefahr, Zahlungsunfähigkeit von Firmen, Arbeitslosigkeit und von einer Verwilderung der öffentlichen Ordnung seit Einführung der DM am 1.Juli 1990. Westdeutsche Güter überschwemmten den ostdeutschen Markt und verdrängten lokale Produkte. In einigen Warenhäusern seien die Regale bis zu 80% mit Waren aus Westdeutschland vollgeräumt. Lieferverträge mit heimischen Produzenten seien gekündigt und Industrie-, vor allem aber Landwirtschaftsbetriebe dadurch in Insolvenzen gestürzt worden. Rd. 5.000 Geschäftszweige hätten von der Regierung Darlehen in Höhe von 15,7 Mrd.DM erbeten, doch mehr als 5 Mrd. seien nicht aufzutreiben gewesen. Auch die Landwirtschaft habe bei weitem nicht alle benötigten Sofortkredite erhalten können. Gleichzeitig habe der Staat die Subventionen für die Firmen gestrichen, die bisher ihre Waren zumeist in die Sowjetunion oder in andere osteuropäische Länder ausgeführt hätten - wodurch die Gefahr neuer Bankrotte entstanden sei. Die Arbeitslosigkeit habe sprunghaft zugenommen. Täglich hätten rd. 4.000-5.000 Arbeitskräfte ihren angestammten Platz verloren. Das Ministerium für Arbeit und Soziales schätze, daß bald mit einem Arbeitslosenheer von rd. 1,5 Millionen zu rechnen sei. Sogar vielversprechende Un-

ternehmen hätten damit begonnen, Arbeiter zu entlassen, so z.B. eine Kalium-Mine - ehemals ein Hauptdevisenbringer des Landes. Die Preise für Grundnahrungsmittel seien um 50-100% gestiegen. Preisunterschiede von 50-100% für die gleichen Güter in verschiedenen Läden seien keine Seltenheit. Die Bürger, 40 Jahre lang an ein stabiles Preissystem gewöhnt, seien verwirrt. Auf dem Immobilienmarkt bestehe die Gefahr, daß die Wohnungsmieten ab 1. Januar 1991 um das 4-6fache angehoben würden. Ebenso rasant entwickle sich die Kriminalität: Diebstähle, Erpressungen, Plünderungen seien an der Tagesordnung, und Gruppen von Neo-Nazis gefährdeten die soziale Sicherheit.

Einige Optimisten meinten zwar, daß die DDR in den nächsten 3-5 Jahren mit einer jährlichen Investitionsspritze von mindestens 50 Mrd. DM bald wieder auf die Beine komme. Dies sei jedoch alles andere als unumstritten.

Der Kommentar ist bezeichnend: Die DDR hat ihr sozialistisches System preisgegeben - und dafür hat sie nun ihre Strafe! Daß die Bevölkerung die Einführung der DM mit überwiegender Mehrheit gewünscht hat, daß die Preise bei langfristigen Konsumgütern heutzutage weitaus niedriger liegen als früher, und daß die Misere Auswirkung einer 40jährigen Mißwirtschaft ist: dies zu erwähnen, fällt dem Kommentator Wang Defeng nicht ein. Der anscheinend so objektive Artikel ist in apologetischer Absicht geschrieben. In einem XNA-Beitrag vom gleichen Autor (XNA, 27.7.90) wird die Krise in der Regierungskoalition ausführlich - fast hat man den Eindruck: genüßlich - beschrieben. Der Autor glaubt, daß die SPD bei den Dezemberwahlen die Nase vorn hat. Es sei "ziemlich ungewiß, daß die Christlichen Demokraten die kommenden Wahlen gewinnen. Die letzten Wahlen und die lokalen Wahlen in Westdeutschland haben gezeigt, daß es mit den Sozialdemokraten aufwärts geht. Die Gefühle gegen die Christlichen Demokraten werden dadurch unfreundlicher, daß überall in der DDR die Preise steigen und die Arbeitslosigkeit als eine Folge des Staatsvertrags zwischen den beiden deutschen Staaten und der Einführung der DM zunimmt." War bei dieser Kommentierung der Wunsch Vater des Gedankens? Um den Informationsstand des Kommentators schien es nicht zum besten bestellt zu sein.

-we-

\*(6)

### China und Vietnam

Seit 1989 sind die beiden Nachbarstaaten, die sich vor allem seit dem vietnamesischen Einmarsch in Kambodscha im Januar 1979 ein Jahrzehnt lang spinnefeind gewesen waren, und die im Februar/März sogar militärisch die Klängen gekreuzt hatten, zum ersten Mal wieder am Verhandlungstisch zusammengekommen. Es begann mit einem Treffen auf Vizeaußenministerbene im Januar sowie im Juni 1989. Beide Male kam der Hanoier Repräsentant nach Beijing; beim ersten Mal wurde er lediglich im Staatsgästehaus, beim zweiten Mal dagegen bereits im Beijinger Außenministerium empfangen - eine allmähliche protokollarische Aufwertung!

Im weiteren Verlauf des Jahres 1989 kamen sich beide Seiten auch noch im Zeichen der Umbrüche in Osteuropa nahe (zu den einzelnen Annäherungsschritten vgl. C.a., Januar 1990, S.71 f.). Im April 1990 soll Deng Xiaoping sogar den Wunsch geäußert haben, daß China, Nordkorea und Vietnam sich zu einem eisernen Dreieck zusammenschließen, um den Sozialismus, der überall in Osteuropa zusammenzubrechen drohte, wenigstens in Asien zu erhalten (dazu Näheres SOAa, Mai 1990, S.259).

Deng Xiaoping hatte bereits Anfang Oktober anlässlich eines Besuchs des laotischen KP-Generalsekretärs Kay-sone Phomvihane die Bereitschaft zur Normalisierung der Beziehungen Chinas mit Vietnam hervorgehoben. Er, Deng, verstehe nicht, warum Vietnam gegen China sei. China habe in der Zwischenzeit seine Beziehungen zur Sowjetunion und zu Laos normalisiert und stehe nun nur noch mit Vietnam auf gespanntem Fuß. Nachdem Vietnam damit begonnen habe, seine Truppen aus Kambodscha abzuziehen, sei das chinesische Aussöhnungsinteresse noch stärker geworden. Die SRV müsse freilich alle ihre Truppen aus Kambodscha abziehen und nicht nur Truppenrotationsmanöver vollziehen (China Daily, 9.10.89). Vietnam möge seine "kleinen Tricks" vergessen und offen und ehrlich auf die VR China zugehen. Es gebe nichts, was nicht durch Verhandlungen gelöst werden könne.

Vietnam, dessen Außenminister Nguyen Co Thach in den vorangegangenen Monaten der VR China schon zahlrei-

che Male die Hand entgegengestreckt hatte, hörte diese Botschaft gern, konnte andererseits freilich auch nicht übersehen, daß China zu dieser Zeit immer noch die Roten Khmer nicht nur moralisch, sondern auch mit substantiellen Waffenlieferungen unterstützte und damit den vietnamesischen Interessen diametral entgegenhandelte.

Anlässlich des 40. Jahrestags der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern im Januar 1950 tauschten beide Seiten Grußbotschaften aus, in denen sie sich gegenseitig ihrer Wertschätzung versicherten und auf die traditionelle Freundschaft zwischen beiden Völkern verwiesen. Unterzeichnet waren die Schreiben von den beiden Außenministern Qian Qichen und Nguyen Co Thach (Grußbotschaft vom 17.1.90 in RH, SWB, 19.1.90). Wenige Tage später, am 19. Januar, wurden am "Freundschaftspäß", also an der gemeinsamen Grenze die letzten fünf in vietnamesischer Haft befindlichen chinesischen Soldaten an China übergeben. Im Gegenzug ließ die chinesische Seite 17 Vietnamesen frei (RH in SWB, 20.1.90). Kurze Zeit vorher freilich hatten beide Seiten sich wiederum Grenzverletzungen durch ihre jeweiligen Milizen vorgeworfen.

Anfang März 1990 erklärte der vietnamesische Vizeaußenminister Dinh Nho Liem, Vietnam und China sollten ihre Verhandlungen über die Normalisierung ihrer Beziehungen wieder aufnehmen. Vietnam habe dies schon mehrfach vorgeschlagen, doch führe Beijing immer wieder die Lösung des Kambodscha-Problems als Hauptbedingung für die Normalisierung seiner Beziehungen mit Hanoi ins Feld. Vietnam trete dafür ein, die bilateralen Beziehungen nicht durch die Probleme eines Drittlands zu belasten. Vietnam habe im September 1989 alle seine Streitkräfte aus Kambodscha zurückgezogen. Jetzt gehe es nur noch darum, eine Rückkehr des 1979 beseitigten Pol Pot-Regimes zu verhindern, damit eine den Interessen des kambodschanischen Volkes entsprechende politische Lösung des Konflikts erzielt werden könne. Die Regelung ihrer inneren Angelegenheiten solle man den Kambodschanern selbst überlassen. Vietnam habe bereits mehrere Schritte auf China zugetan. U.a. wurde 1989 die Präambel der SRV abgeändert, in der China als Aggressor gebrandmarkt worden war.

Zu weiteren Gesprächen kam es dann im Mai und Juni 1990: Anfang Mai reiste der Erste Stellvertretende Außenminister Vietnams, Dinh Nho Liem, - nun schon zum dritten Mal! - nach Beijing und verhandelte dort mit dem Stellvertretenden chinesischen Außenminister, Xu Dunxin, über eine allumfassende politische Lösung der Kambodscha-Frage. Ihr Treffen wurde als inoffiziell bezeichnet (XNA, 29.6.90). In einigen Punkten habe es, wie nachträglich mitgeteilt wurde, Übereinstimmung gegeben, in wichtigen Fragen jedoch bestünden nach wie vor Meinungsverschiedenheiten. Die Kambodscha-Frage sei das Haupthindernis für die Normalisierung zwischen beiden Seiten.

Xu Dunxin trat am 12. und 13. Juni einen Gegenbesuch in Hanoi an - wiederum zu einem "privaten" Gedankenaustausch, wie es hieß. Der Besuch erfolgte nur eine Woche nach der Tokyoter Kambodscharunde (4. und 5. Juni). Beide Seiten kamen sich bei diesem erneuten Treff offensichtlich wieder ein kleines Stück näher. Zumindest zeigte die Visite Xus, daß es nun auch der VR China ernst mit der Aussöhnung war.

Nach chinesischer Ansicht sollte der ONR das einzige legale Interimsorgan in Kambodscha während der Übergangszeit sein, d.h. bis zu dem Zeitpunkt, da ein gesamt kambodschanisches Parlament zusammentritt. Der ONR solle aus Vertretern aller Konfliktparteien bestehen. Niemand solle ausgeschlossen, und von niemandem solle das neue Gremium dominiert werden. Prinz Sihanouk solle Vorsitzender sein. Der ONR solle die UNO bevollmächtigen, die notwendigen Maßnahmen während der Übergangsperiode zu treffen. Außerdem müsse der ONR auf mindestens fünf Hauptministerien (für Verteidigung, für Inneres, für Äußeres, für Informationen und für Finanzen) direkten Einfluß ausüben können.

Vietnam verwahrte sich gegen eine dominierende Rolle der UNO, die ja den Staat Kambodscha nicht anerkenne, und stehe außerdem auf dem Standpunkt, daß die Phnom Penher Regierung fortbestehen, daß also der ONR lediglich die Rolle einer koordinativen Instanz zwischen den beiden bestehenden Regierungen spielen solle (XNA, 29.6.90). Außerdem solle der ONR nicht paritätisch von allen vier

Parteien, sondern nur von zwei Parteien mit je sechs Vertretern besetzt sein (RH in SWB, 7.7.90).

Was die Meinungsverschiedenheiten im Militärischen anbelangt, so bestehen sie darin, daß die chinesische Seite verlangt, daß sämtliche bewaffneten Kräfte aller Kombattanten sich zuerst an Stellen sammeln, die dafür vom Internationalen Kontrollkomitee der UNO bestimmt worden sind, und daß sie erst dann vollständig oder aber teilweise entwaffnet werden.

Vietnam dagegen tritt dafür ein, daß die Truppen dort bleiben, wo sie sich z.Zt. des Aktivwerdens der UNO-Kontrolle befinden (N, 23.6.90), und daß sie im übrigen nicht vollständig abgerüstet werden. Außerdem wendet sich Vietnam gegen die Entsendung einer "International Peace-keeping Force" nach Kambodscha, da diese ja wiederum unter Führung der UNO stehe, die Phnom Penh nicht anerkennt (XNA, 29.6.90).

Für die Chinesen war dieser vietnamesische Vorschlag ein weiterer Beweis dafür, daß die SRV nach wie vor bedeutende eigene Truppenkontingente in Kambodscha unterhalte, die sie unter keinen Umständen von einer neutralen UNO-Truppe kontrollieren lassen möchte. Offensichtlich gehe Hanoi nach wie vor vom *Fait accompli* einer vietnamesischen Besetzung Kambodschas aus und wolle davon unter keinen Umständen abrücken.

Bei beiden Punkten ging es letztlich um Isolierung oder Nichtisolierung der Khmer Rouge. China wünscht ihre Mitbeteiligung, Vietnam will sie dagegen vollständig isolieren.

Die Roten Khmer dürfen nach vietnamesischem Dafürhalten auf die Zukunft Kambodschas überhaupt keinen Einfluß mehr haben! Im übrigen sei die Ausgestaltung der Organe und ihrer Kompetenzen eine Angelegenheit der Kambodschaner selbst.

Auch wenn sich beide Seiten in diesen Fragen nicht näherkamen, stellten sie doch übereinstimmend fest, daß die Gespräche in einer "freundschaftlichen Atmosphäre" stattgefunden hätten. Ferner betonten sie, daß die zivile ONR- und die militärische Abrüstungsfrage die beiden einzigen Streitfragen seien, die jetzt noch zwischen ihnen stünden (N, 30.6.90.).

Diese Aussage läßt allerdings außer acht, daß es noch eine Reihe anderer, gewiß nicht unbedeutender Konflikte gibt, so z.B. den Streit um Grenzfragen, und zwar sowohl entlang der gemeinsamen Landgrenzen als auch um Inseln im Spratley-Archipel. Im Archipel war es erst 1989 wieder zu kurzen militärischen Auseinandersetzungen, an der gemeinsamen Landgrenze aber im März 1990 zu Schießereien gekommen (DGB in SWB, 24.3.90). Die "Guangxi-Vietnam-Grenze" ist nach chinesischer Meinung alles andere als "friedlich" (ebenda).

Gleichzeitig war es jedoch auch zu einem intensiven Grenzhandel zwischen beiden Seiten gekommen. Hauptausfuhrartikel Vietnams im Grenzverkehr sind Getreide und Lebensmittel, Einfuhrartikel dagegen im wesentlichen Stoffe, Porzellan, Thermosflaschen, elektrische Ventilatoren und andere Artikel des täglichen Gebrauchs. Mit Besuchern und Händlern kamen, wie beiderseits immer wieder beklagt wurde, auch Kriminelle.

Am 5. und 13. August kam es in Hanoi zu zwei weiteren Treffen, wobei auf vietnamesischer Seite der Stellvertretende Außenminister Tran Quang Co, auf chinesischer Seite Beijings Botschafter in Hanoi, Zhang Dewei, teilnahm.

In diesem Zusammenhang sprach Ministerpräsident Do Muoi erneut den vietnamesischen Wunsch nach Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Ländern aus (Vorschlag Do Muoi: VNA in SWB, 15.8.90).

Ministerpräsident Li Peng, der sich zu dieser Zeit auf Staatsbesuch in Singapur aufhielt, fing den Ball auf und plädierte ebenfalls für Normalisierung.

Am 22. August erklärte überdies Parteichef Nguyen Van Linh gegenüber japanischen Besuchern, er würde es begrüßen, könnte er sich persönlich mit Deng Xiaoping treffen und über die Normalisierungsfrage sprechen. China wies diesen Vorschlag jedoch zurück, indem es erneut auf die unge löste Kambodscha-Frage verwies (RH in SWB, 25.8.90). -we-

**\* (7)**  
**"Die großen Sieben" sollen sich gefälligst um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern!**

Am Vorabend des Treffens der "sieben Großen", d.h. der sieben führenden westlichen Industrienationen in Houston (Texas) warnte KP-Generalsekretär Jiang Zemin die Teilnehmer, sie sollten sich nicht "in die Angelegenheiten anderer Staaten einmischen", sondern sich vielmehr auf ihre eigenen wirtschaftlichen und politischen Probleme beschränken.

China jedenfalls lasse sich durch Einmischungen solcher Art nicht von seiner "unabhängigen Außenpolitik" abbringen. Die Erfahrungen im vergangenen Jahr hätten gezeigt, daß China niemals fremdem Druck nachgebe, wenn es um seine Souveränität geht. "Wir zwingen anderen unsere Ansichten und unsere Werte nicht auf, wir erlauben aber andererseits auch niemandem, uns etwas aufzuzwingen." Einige westliche Länder hätten sich sehr unklug verhalten, indem sie Wirtschaftssanktionen gegen China verhängt hätten. Das trüge ihnen nur die Antipathien des chinesischen Volkes ein (XNA nach SWB, 9.7.90).

Die Isolation, in die China seit dem 4. Juni 1989 geraten ist, scheint in Beijing Unbehagen ausgelöst zu haben. Sonst wären Äußerungen dieser Art wohl nicht erfolgt.

Gleichzeitig begrüßte die chinesische Regierung am 23. Juli vorsichtig Meldungen, daß einige der in Houston zusammengewanderten Politiker einer Kreditgewährung an China nicht mehr so ablehnend gegenüberstünden und forderten, daß die Wirtschaftssanktionen gegen China nach und nach aufgehoben werden sollen. Dies sei eine positive Entwicklung (XNA nach SWB, 26.7.90). -we-

**\* (8)**  
**Weitere 38 Kreise und Städte für Ausländer geöffnet**

Am 9. Juli 1990 gab ein Sprecher des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit bekannt, daß mit Zustimmung des Staatsrats weitere 38 Städte und Kreise in China für Ausländer geöffnet worden sind, so daß die Zahl dieser "geöffneten" Ortschaften inzwischen auf 664 gestiegen ist. Aufgrund der "Verfahrensvorschriften der VR China über

Ein- und Ausreise von Ausländern" dürfen Ausländer, die gültige Visa oder Aufenthaltserlaubnisse besitzen, in diese "offenen" Gegenden ohne besondere polizeiliche Erlaubnis reisen. Die neu geöffneten Städte liegen vor allem in der Autonomen Region Innere Mongolei, in der Provinz Hebei, in der Provinz Yunnan und in der Provinz Shanxi (XNA, 9.7.90).

Die neue Provinz Hainan hat inzwischen von der Zentralregierung überdies die Erlaubnis bekommen, für Ausländer, die dort ankommen, ohne besondere zentrale Erlaubnis 15-Tage-Visen auszustellen (XNA, 18.7.90). -we-

---

## Innenpolitik

---

**\* (9)**  
**Informationen zur bevorstehenden 7. Plenartagung des XIII. ZK der KPCh**

Auf der 7. Plenartagung des XIII. ZK der KPCh, die nach den Asienspielen noch vor Ende dieses Jahres stattfinden soll, wird es wahrscheinlich keine größeren personellen Veränderungen in der Parteiführung geben. Informationen der Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* zufolge wurde Mitte August 1990 parteiintern ein 12seitiges Rundschreiben unter dem Titel "Auszüge wichtiger Reden der zentralen Parteiführer aus der jüngsten Zeit" verbreitet, das eine entsprechende Äußerung von Jiang Zemin enthielt. Danach soll Jiang in einem Gespräch mit Deng Xiaoping und anderen Spitzenkadern erklärt haben, daß es nicht ratsam sei, zu große personelle Veränderungen vorzunehmen. Zu umfangreiche personelle Wechsel würden eine ganze Reihe von Problemen berühren. Sowohl im Inland als auch im Ausland reagiere man sehr empfindlich auf die Personalpolitik der KPCh. Deshalb sollten keine brisanten personellen Beschlüsse gefaßt werden. Deng Xiaoping soll daraufhin geäußert haben, daß er die Ansicht von Jiang Zemin für gut halte. Im übrigen läge die Vorbereitung der kommenden 7. Plenartagung ausschließlich in den Händen des Ständigen Ausschusses des Politbüros. (Zhengming, September 1990, S. 9)

In einem weiteren Bericht der Zeitschrift *Zhengming* hieß es, Deng Xiaoping habe betont, daß die personellen Beschlüsse der 7. Plenartagung auf jeden Fall der Stabilität der Partei förderlich sein müßten. Deng wurde mit den Worten zitiert, daß "der Ständige Ausschuß [des Politbüros] stabil bleiben muß" (Zhengming, September 1990, S. 12). Vor dem Hintergrund dieser Äußerung sind personelle Veränderungen im Ständigen Ausschuß nicht zu erwarten. Bereits Ende Juni 1990 hatte Staatsratssprecher Yuan Mu in einem Interview mit Journalisten der japanischen Nachrichtenagentur *Kyodo* erklärt, daß "für Änderungen unter den Spitzenführern der Kommunistischen Partei Chinas keine Notwendigkeit besteht" (XNA, 24.6.90). Möglicherweise wird es jedoch zu Nachwahlen zum Politbüro kommen, da durch den Tod von Hu Yaobang und den Sturz von Zhao Ziyang und Hu Qili drei Sitze in diesem politischen Spitzengremium vakant sind. Als aussichtsreiche Kandidaten für eine Mitgliedschaft im Politbüro sind in den letzten Wochen immer wieder drei Namen genannt worden: Der Generalsekretär der ZK-Militärkommission und ZK-Sekretär Yang Baibing, der Shanghai-Parteichef und Bürgermeister Zhu Rongji und Außenminister Qian Qichen.

Zentrale Themen der 7. Plenartagung sollen jedoch der 8. Fünfjahrplan und ein zehnjähriges wirtschaftliches Entwicklungsprogramm für die 90er Jahre sein. Dies gab Staatsratssprecher Yuan Mu in einem Interview mit Kazuhiko Mitsumori, dem Büroleiter des *Japan Economic Journal* am 28. Juli 1990 bekannt (BRu, 33/1990, S. 7). -sch-

**\* (10)**  
**Kampf gegen "bürgerliche Liberalisierung" soll auf jeden Fall über einen langen Zeitraum fortgesetzt werden**

Der Kampf gegen die "bürgerliche Liberalisierung" soll auf jeden Fall über einen sehr langen Zeitraum fortgesetzt werden. Dies ist die Kernaussage eines entsprechenden Leitartikels der *Volkszeitung* vom 30. August 1990. Durch den bisher geführten "scharfen und komplizierten Kampf" gegen die bürgerliche Liberalisierung seien bereits gewisse Erfolge erzielt worden, heißt es in dem Leitartikel des ZK-Organs. Doch der ideologische Trend der bürgerlichen Liberalisierung habe nicht nur einen internationalen Hintergrund,